



Manuel Puppis

Moderne Demokratien sind auf ein funktionierendes Mediensystem angewiesen. Dennoch genießt Medienpolitik in der Schweiz keinen sonderlich hohen Stellenwert. Umso erfreulicher ist es, dass die SP Schweiz mit ihrem medienpolitischen Positionspapier einen gewichtigen Diskussionsbeitrag leistet. Und angesichts der tief greifenden Veränderungen, denen das Schweizer Mediensystem unterliegt, ist eine Auseinandersetzung mit neuen Modellen der Medien- und Journalismusförderung dringlich. Ein Blick ins Ausland macht deutlich, dass direkte Förderung und Medienfreiheit keine Gegensätze darstellen. Mit ihrer Idee, nicht nur an Zeitungen anzusetzen, sondern alle Mediengattungen zu fördern, präsentiert die SP ein Konzept, dass dem Medienwandel gerecht wird. Insbesondere die Förderung neuer journalistischer Onlinemedien würde die Chance bieten, dass eine neue Konkurrenz zu den bestehenden regionalen Medienmonopolen entsteht. Der Schweizer Demokratie würde dies gut anstehen.

Manuel Puppis; derzeit: Oberassistent am IPMZ/Universität Zürich; ab 01.09: Professor für Mediensysteme und Medienstrukturen an der Universität Fribourg

Hannes Haas

Wann wenn nicht jetzt braucht es eine grundlegende und breite Debatte über die Zukunft des Journalismus. Das „Berner Manifest“ setzt dazu mutige und wichtige Impulse. Eine doppelte Krise, ökonomisch und strukturell, verändert die medialen Lebensadern der Demokratie, schwächt Redaktionen, reduziert Recherchezeiten, verändert Nutzungsgewohnheiten, fraktalisiert Öffentlichkeit. Die alte Mischfinanzierung funktioniert in digitalen Kontexten nicht (mehr), neue Modelle sind noch in Probe.

Medien und Journalismus brauchen in diesen Transformationszeiten Unterstützung, die Medienpolitik neue Lösungen zur Reaktion auf Marktversagen.

Das vorliegende Positionspapier enthält viele wohlüberlegte Vorschläge: Die normativen Ziele – Sicherung von Vielfalt und Qualität – sind unbestritten. Zentrale Adressaten jeder Förderung müssen der Journalismus und die Bürger sein. Medienpolitik soll Bedingungen für die Möglichkeit von Vielfalt und Qualität schaffen.

Hier und da geht das Papier zu weit: Lösungen setzen eine rationale Debatte voraus, frei von gefährlichem Geschmacksrichtertum und ideologischen Zielen. Inhaltliche Vorgaben sind als Eingriffe in die Pressefreiheit strikt abzulehnen, administrativ braucht es einfach überprüfbare Kriterien, die ohne großen Aufwand – „quasi mechanisch“ - beurteilt werden können. Da gibt es meines Erachtens ein paar Streichposten im Positionspapier. Und den vielen journalistischen LeistungsträgerInnen sollte mehr Vertrauen entgegen gebracht werden, sie verdienen es!

Hannes Haas, Professor für Journalismusforschung an der Fakultät für Sozialwissenschaften am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien

Peter Studer

Was mir gefällt: Die sorgfältige Analyse der democratieschädlichen Defizite im Ist-Zustand; der Versuch, für die Finanzierung von Qualitätsmassnahmen nicht einfach die hohle Hand beim Staat zu machen, sondern mit Werbe- und Datenverkehrsabgabe dort anzuklopfen, wo man ja auch von den journalistischen Medieninhalten profitiert; ähnlich wie beim Radio- und Fernsehgesetz die Erfüllung von Leistungsaufträgen (Relevanz, Vielfalt, Fairness und Transparenz) mit dem Bezug von direkten Fördergeldern zu koppeln – und dies von einem unabhängigen Gremium überprüfen zu lassen.

Was mir weniger gefällt: Dass der SRG Werbung im Internetbereich erlaubt werden soll (dieser Vorteil muss den gebeutelten Printverlagen verbleiben, Art. 93 Abs. 4 BV); dass die SDA quasi verstaatlicht - statt vom Verwaltungsrat im Sinne des Service Public geleitet - werden soll; dass „eigenständige private Unternehmen Gewinne reinvestieren müssen“ (also keine Kapitalverzinsung und Reservebildung – welche Verlage bleiben denn da ausser der Schaffhauser AZ noch übrig?), dass die Redaktion auch bei der Unternehmensstrategie mitbestimmen – nicht nur mitsprechen – soll („Enteignet die Verleger“ retro in die 70er Jahre).

Peter Studer, war Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» und des Schweizer Fernsehens. Später präsidierte er den Schweizer Presserat. Er schreibt über Medienrecht und Medienethik.

Cornelia Haß

Es ist zu begrüßen, dass die SP Schweiz ganz deutlich macht, welche zentrale Bedeutung vielfältige und qualitativ hochwertige Medien für eine funktionsfähige Demokratie haben. Auch die dju in ver.di unterstreicht immer wieder, wie wichtig Medienvielfalt und umfassende Berichterstattung für den Demokratieerhalt und die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft ist. Deswegen ist es nur folgerichtig, dass sich die Politik einmischt, wenn die klassischen Verlagsstrukturen ihrer genuinen Aufgabe, entsprechende Angebote bereit zu stellen, nicht mehr in ausreichender Form nachkommen, sondern ihre publizistische Verantwortung dem Streben nach steigenden Renditen unterordnen. Die Überlegungen der SP Schweiz, journalistische Arbeit finanziell zu stärken, gehen daher in die richtige Richtung. Denn nur wirtschaftlich unabhängige Medienschaffende, die ausreichend Zeit für die notwendigen Recherchen haben und über eine solide Ausbildung verfügen und sich kontinuierlich weiter bilden können, sind in der Lage, die journalistischen Produkte zu schaffen, die notwendig sind, damit Journalismus seine Wächterfunktion innerhalb einer Demokratie ausüben kann. Wir unterstützen die SP Schweiz gerne dabei, diesen Weg weiter zu gehen. Denn Journalismusförderung in dem darin beschriebenen Sinne ist kein Eingriff in die Pressefreiheit, in die Unabhängigkeit der Presse vom Staat. Im Gegenteil: Wenn Presseförderung erreicht, dass journalistische Arbeit angemessen bezahlt wird und dass gut ausgebildete Journalisten ihre Arbeit tun können, sichert das Pressefreiheit und damit nicht zuletzt die Demokratie.

Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di; Berlin, 29. Juni 2013

Christian Campiche

Hundert Millionen oder mehr an direkter Presseförderung, das ist sehr gut, aber wer wird das Manna verteilen? Und vor allem nach welchen Kriterien wird es verteilt? In Frankreich ist zu sehen, dass die Hauptprofiteure die „Mainstream“-Medien sind. „Le Monde“ und „Figaro“ erhalten je 15 Millionen Euro pro Jahr. Trotzdem belegt Frankreich im weltweiten Ranking der Pressefreiheit nur den 15. Platz. Ist diese Art der institutionellen Unterstützung das, was wir in der Schweiz wollen?

Ich bin Gründer und seit gut zehn Jahren Betreiber des Online-Magazins lameduse.ch. Ich suche nach einem (betriebs-)wirtschaftlichen Modell, das mir erlaubt, ein regionales Informationsportal zu entwickeln, mit einem offenen Ohr für die Leute, als Sprachrohr für Benachteiligte, und das alles verbunden mit einem globalen Blickwinkel. Es wäre die Aufgabe der öffentlichen Hand oder von gemeinnützigen Stiftungen, Online-Unternehmen wie La Méduse, die eine wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs wahrnehmen, darin zu unterstützen, ein tragfähiges Geschäftsmodell zu finden. Die Hilfe sollte nicht in Form von unbeschränkten jährlichen Zahlungen erfolgen, sondern vielmehr als Initialzündung mit dem Ziel, das Schiff über Wasser zu halten und die Segel neu zu setzen.

Christian Campiche ist Journalist in Lausanne, Gründer und Betreiber von lameduse.ch